

Immer mehr Menschen haben nicht mehr die Hoffnung, dass der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit noch gewonnen werden kann. Der Bundeskanzler ist davon überzeugt, alles Menschenmögliche schon getan zu haben. Die Politik scheint hilflos. In Teilen der Gesellschaft wächst die unterschwellige Bereitschaft, sich in das unabänderlich Scheinende zu fügen: nämlich eine hohe Arbeitslosigkeit auf Dauer hinzunehmen.

Zahlreich sind die Versuche abwiegelnder Verharmlosung, wenn etwa der stellvertretende Bundestagsfraktionsvorsitzende der SPD, Ludwig Stiegler, angesichts einer ständig steigenden Zahl von Erwerbslosen im *Rheinischen Merkur* vom 3. März 2005 erklärt: „Die normale Arbeitslosigkeit fällt nicht aus dem Rahmen.“ Immer zahlreicher werden auch die erklärungsbemühten Stellungnahmen, die glauben machen wollen, die Zahl der Arbeitsplätze werde, was immer die Politik auch tut, im Computerzeitalter ohnehin weiter schrumpfen, wie Christa Wolf in der *Welt* vom 7. März 2005 aneutet.

Tatsächlich gibt es nicht wenige, die das Ende der Arbeitsgesellschaft vorhersagen. Ganz unabhängig von der Frage, wie die verheerenden Folgen einer solchen Entwicklung bewältigt werden könnten, ist zunächst einmal zu prüfen, ob die Annahme, auf der diese Vorhersage aufbaut, tatsächlich begründet ist. Denn das Ende der Arbeitsgesellschaft kann nur in Sicht sein, wenn zutrifft, dass uns allmählich die Arbeit ausgeht. Trifft

diese Einschätzung zu? Geht uns wirklich die Arbeit aus?

Das Gegenteil ist der Fall. Arbeit gibt es in dieser Gesellschaft in Hülle und Fülle – und immer mehr in der Form unerledigt bleibender Arbeit. Von familiennahen Dienstleistungen über Pflege, Bildung und Erziehung, auf dem Feld der inneren Sicherheit, im Hochleistungsbereich von Forschung und Entwicklung bis hin zur Kundenbedienung im Gastgewerbe und im Fremdenverkehr – weit spannt sich der Bogen von Arbeit, die nicht erledigt wird oder doch jedenfalls nicht einfließt in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. In den vergangenen Jahren war der größte und nicht selten einzige Wachstumsmarkt in Deutschland die Schwarzarbeit. Sie hat allein im vergangenen Jahr einen Umfang von rund 370 Milliarden Euro erreicht. Der tropfende Wasserhahn, die neue Tapete für das Wohnzimmer oder gar der Neubau eines Eigenheimes sind immer häufiger Anlass für eine mehr oder weniger aufwändige Nachbarschaftshilfe.

## Abwanderung ins Ausland

Mitnichten geht uns die Arbeit aus. Dabei bestreitet niemand, dass vor allem im Bereich der Massenfertigung tagtäglich eine Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland stattfindet: Während aus unserem Land die Arbeitsplätze abwandern, werden sie in mitteleuropäischen oder fernöstlichen Ländern neu geschaffen. Es wäre eine Täuschung, wenn man glauben wollte, diese Entwicklung sei rückholbar.

Aber liegen nicht jenseits der Arbeitsplätze in der Massenfertigung andere Beschäftigungsmöglichkeiten, die durchaus die Hoffnung nähren können, auch hier zu Lande wieder Vollbeschäftigung erreichen zu können? Die Frage ist mit einem klaren und unmissverständlichen Ja zu beantworten. Denn die Arbeitslosigkeit in Deutschland erklärt sich nicht aus der Vermutung, dass uns allmählich die Arbeit ausgeht, sondern liegt in der Tatsache begründet, dass wir Arbeit – jedenfalls in der Form rechtmäßiger, sozialversicherungspflichtiger Arbeit – schon lange kaum noch bezahlen können.

### Die eigentliche Ursache

Der Blick auf eine beliebige Handwerkerrechnung zeigt, was gemeint ist: Neben unbedeutenden Beträgen für An- und Abreise sowie für das verbrauchte Material erscheinen die Arbeitskosten in einer Höhe, die dem Kunden meist die Sprache verschlägt. Doppelt misslich wird die Lage dadurch, dass von diesen hohen Arbeitskosten in der Regel weniger als die Hälfte bei demjenigen ankommt, der die Dienstleistung erbringt. Es sind also die Bruttoarbeitskosten, die bei eher sinkenden Nettolöhnen die eigentliche Ursache unserer Massenarbeitslosigkeit sind.

Die führenden deutschen Wirtschaftsinstitute sind sich einig: Die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen liegt bei rund neun Millionen. Das sind neun Millionen fehlende Steuerzahler, neun Millionen weniger Beitragszahler in die Kasse der Sozialversicherungen und neun Millionen Menschen, die in irgendeiner Weise auf Leistungen aus den staatlichen Haushalten und den Sozialkassen angewiesen sind – Menschen, denen es versagt bleibt, aus eigener Kraft für ihren Lebensunterhalt zu sorgen.

Es sind die sozialen und die ökonomischen Folgen der Massenarbeitslosigkeit, die wir schon bald nicht mehr bewältigen können. Die in unserer Gesellschaft um

sich greifende Enttäuschung angesichts der Tatsache, dass inzwischen auch hervorragend Ausgebildete und Jüngere ihren Arbeitsplatz verlieren, gerät zur blauen Verzweiflung, wenn die Betroffenen nach einigen Monaten feststellen müssen, dass die Suche nach einem neuen Job wohl auf Dauer erfolglos bleiben wird. Neben diesen sozialen Folgen sind es die ökonomischen und fiskalischen Folgen der Arbeitslosigkeit, die unser Land in eine tiefe Krise haben stürzen lassen: Die Staatskassen sind blank, wichtigste Infrastrukturaufgaben können nicht mehr erledigt werden, die Sozialversicherungen müssen in immer neuen Runden Leistungen kürzen, die Folgen der Unterbeschäftigung binden einen immer größer werdenden Teil der Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden.

### Wohlstand durch Wachstum

Nichts gefährdet unseren Wohlstand mehr als die Unterbeschäftigung. Wenn die Verheißung Ludwig Erhards, Wohlstand für alle zu schaffen, wieder eingelöst werden soll, muss deshalb vor allem wieder ein Wachstum bei der Beschäftigung erreicht werden. Die Politik muss mit beharrlicher Geduld und innerer Schlüssigkeit auf dieses eine Ziel ausgerichtet werden: Vollbeschäftigung wieder möglich zu machen. Wer will, dass in unserem Land wieder mehr Beschäftigung entsteht, damit Wohlstand auf Dauer gesichert bleibt, muss zurückfinden zur Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft. Nichts spricht dafür, dass sich die Politik vom Ziel der Vollbeschäftigung dauerhaft verabschieden muss; im Gegenteil: Wer dem Bild des selbstbestimmten, in eigener Verantwortung sein Leben gestaltenden Menschen verpflichtet ist, kann gar nicht anders, als ausnahmslos jedem Menschen diese Möglichkeit eröffnen zu wollen.

Die zum 1. Januar dieses Jahres abgeschlossene dreistufige Tarifentlastung bei

der Einkommensteuer, die Reform der Arbeitsverwaltung und die Veränderungen der Arbeitslosenversicherung durch Hartz I bis IV allein bringen in dieser Hinsicht keinen Schritt weiter. Der dramatische Abbau von Arbeitsplätzen in Deutschland geht weiter. Die Entlastung bei der Einkommensteuer hat die Bundesregierung mit den Öko-Steuern, höherer Versicherungssteuer, mit erhöhten Sozialbeiträgen und gesetzlich erhöhten Energiepreisen – zum Beispiel zugunsten der Windräder – in vollem Umfang um ihre Wirkung gebracht. Und der Versuch, den Mangel an Arbeitsplätzen besser zu verwälten, mag für sich genommen notwendig sein. Aber dadurch entsteht kein einziger neuer Arbeitsplatz.

### Grundsätzliche Ziele

Wer in Deutschland mehr Beschäftigung will, der muss sich auf zwei grundlegende Ziele besinnen: Arbeit muss wieder bezahlbar werden – und Arbeit muss sich wieder lohnen.

Auf dem Weg zur Vollbeschäftigung müssen wir zunächst Arbeit in Deutschland wieder bezahlbar machen. Heute wird immer weniger Arbeit nachgefragt. Das ist mit Händen zu greifen. Aber kann diese Entwicklung verwundern? Arbeit ist in unserem Land zu teuer geworden, als dass sich die Nachfrage erhöhen könnte – rechtmäßig erbrachte, sozialversicherungspflichtige Arbeit jedenfalls ist oft unbezahlbar. Das gigantische Ausmaß der Schwarzarbeit ist ein trauriger Beweis. Wir verbinden in Deutschland hohe Bruttolöhne mit den weltweit höchsten Lohnnebenkosten und besonders kurzen Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeiten. Diese Rechnung kann nicht aufgehen. Deshalb müssen wir alle etwas länger arbeiten, um unsere Nettolöhne zu sichern.

Der größere Anteil der Arbeitslosigkeit entsteht durch den Arbeitsplatzabbau bei einfachen Tätigkeiten im nieder entlohn-

ten Bereich. Hier zählt jeder Euro Belastung des Bruttolohns durch Steuern und Abgaben. Denn entweder werden die Bruttokosten von Arbeit zu hoch, sodass sie nicht nachgefragt wird, oder der Nettolohn wird zu niedrig, sodass sich das Arbeitseinkommen im Vergleich zu einem Einkommen aus Sozialhilfe und Sozialversicherung nicht mehr lohnt. Deshalb sollte bis 1300 Euro im Monat der Lohn frei von Steuern und Abgaben ausgezahlt werden. Die Sozialbeiträge zahlt der Staat. Für ihn ist das eine lohnende Investition, da er so die Kosten der Sozialhilfe einspart und steuerpflichtiges Wachstum ermöglicht. Ohne eine Steuerreform, die diesen Namen auch verdient, wird es keine Rückkehr zu mehr Beschäftigung in Deutschland geben können.

Wir müssen das komplizierteste Steuersystem der Welt, das seit vielen Jahren Wachstum in Deutschland bremst, vereinfachen. Dazu müssen die unzähligen Sonder- und Ausnahmeregelungen beseitigt, im Gegenzug die Steuersätze gesenkt und die Freibeträge vor allem für Familien mit Kindern erhöht werden. Ein einfaches, verlässliches Steuerrecht lockt Investitionen und bringt endlich Steuergerichtigkeit – für den Arbeitnehmer wie für den Unternehmer.

Dort, wo es sinnvoll ist, sollen die Versicherungsbeiträge von den Lohnkosten abgekoppelt werden. Dafür kommen zu allererst die Krankenversicherung und die Pflegeversicherung infrage. Deren Leistungen sind kein Lohnersatz wie Rente oder Arbeitslosengeld. Sie decken ein Risiko ab, das unabhängig von der Arbeitstätigkeit besteht. Deshalb brauchen wir die einheitliche Versicherungsprämie für die gesetzliche Krankenversicherung und eine grundlegende Reform der Pflegeversicherung. Weil aber niemand über einen bestimmten Anteil seines Einkommens durch die Kassenbeiträge belastet werden darf und Heilbehandlung für jedermann auch in Zukunft erschwinglich

bleiben soll, wird ein sozialer Ausgleich über das Steuersystem erfolgen.

Es gibt den Weg aus der Krise. Wir müssen ihn nur entschlossen gehen – hin zu einer Gesellschaft, die Arbeit und Wohlstand für alle bietet. Die entscheidende Voraussetzung dafür ist, dass es uns gelingt, Arbeit gleichermaßen wieder bezahlbar und wieder lohnend zu machen.

### Neuland betreten

Vor allem zwei Befürchtungen sind die Ursache dafür, dass wir auf dem Weg zu diesem Ziel immer wieder ins Stolpern kommen. Zunächst ist es die Sorge vor den Einnahmeausfällen des Staates als unausweichliche Folge einer umfassenden Steuerreform. Kein Zweifel: Am Anfang wird es diese Einnahmeausfälle geben. Aber schon sehr bald wird dem Staat die Bereinigung des Steuerrechtes doppelt und dreifach vergolten. Denn immer mehr Hilfeempfänger werden zu Steuerzahldern, weil es mehr Beschäftigung geben wird. Das verringert die staatlichen Ausgaben und verbessert die staatlichen Einnahmen. Im Übrigen steigen mit Umsatz und Einkommen ebenfalls die Staatseinnahmen, sobald Unternehmen und private Haushalte wieder über Geld verfügen, das sie ausgeben können.

Und es ist eine zweite Sorge, die vielen geradezu Angst macht: die Sorge nämlich, wie sich die Folgen einer neuen Finanzierungsgrundlage für Teile unserer Sozialversicherung darstellen. Dabei ist verständlich, dass jeder Schritt ins Ungewisse zunächst einmal Herzklopfen verursacht. Das gilt erst recht, wenn es um die eigene Gesundheit geht. Wer will schon in allen Einzelheiten wissen, was es bedeutet, wenn die Finanzierung sozialer Sicherheit auf eine ganz neue Grundlage gestellt wird? Aber bleibt uns wirklich

eine andere Möglichkeit? Und wird der Mut, Neuland zu betreten, nicht doppelt und dreifach belohnt, wenn wir so zu mehr Beschäftigung finden?

Wenn Beschäftigung in Deutschland wieder wächst, werden wir in der Lage sein, unseren Wohlstand zu mehren – und wir werden soziale Sicherheit auf Dauer gewährleisten können.

Die Politik ist kein Abbruchunternehmen, ihr Werkzeug nicht die Abrissbirne. Aufgabe der Politik ist es, eine Vorstellung zu entwickeln, wie die Menschen in unserer Gesellschaft auf Dauer Eigenverantwortung und Selbstbestimmung erleben können – vorrangig dadurch, dass ihnen die Möglichkeit, mit ihrer Hände Arbeit die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben zu erfüllen, nicht genommen wird. Das ist Aufgabe und Auftrag von Politik, die sich dem christlichen Menschenbild verpflichtet fühlt. Einer Politik, die sich diesen Maßstab gewählt hat, steht der Weg, Abschied zu nehmen von der Arbeitsgesellschaft, nicht offen. Sie hat im Gegenteil den Auftrag, einen Weg zu suchen, der unter den Bedingungen der Globalisierung zurückführt in die Arbeitsgesellschaft. Denn ohne Beschäftigung bleibt das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft, die Mittelschichtgesellschaft, ein leeres Versprechen. Nur in der Arbeitsgesellschaft haben Menschen die Möglichkeit, unabhängig, selbstbestimmt und eigenverantwortlich zu leben, weil mit einem eigenen Einkommen die Voraussetzung dafür erfüllt wird. Die Soziale Marktwirtschaft ist die ordnungspolitische Ableitung des christlichen Menschenbildes und gleichermaßen Gewähr für soziale wie demokratische Stabilität.

*Die hier entwickelten Vorschläge stehen im Mittelpunkt des aus der Feder des Autors erschienenen Buches „Gesellschaft neu denken“, kürzlich erschienen im Societätsverlag, Frankfurt am Main.*